

Die Folgen der Revolution

20 Jahre nach dem Kommunismus

Hans-Joachim Veen / Peter März /
Franz-Josef Schilling (Hg.)

OPEL

böhlau

Die Folgen der Revolution

20 Jahre nach dem Kommunismus

Herausgegeben von
Hans-Joachim Veen, Peter März
und Franz-Josef Schlichting

Redaktion: Daniela Frölich



2010

BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN

Inhalt

<i>Hans-Joachim Veen</i> Einführung	7
<i>Hans-Peter Schwarz</i> Von der »Charta von Paris« (1990) bis zur Gegenwart. 20 Jahre Umgestaltung in Ostmitteleuropa und Osteuropa	13
<i>Eckhard Jesse</i> Die neuen Länder und das wiedervereinigte Deutschland	31
<i>Krzysztof Ruchniewicz</i> Polen zwanzig Jahre nach dem Wendejahr 1989	45
<i>Mária Schmidt</i> Zwischen Hoffnung und Enttäuschung: Zwanzig Jahre Demokratie in Ungarn	61
<i>Jan Sokol</i> Tschechien zwanzig Jahre nach der Samtenen Revolution	73
<i>Andrei Marga</i> Rumänien zwanzig Jahre nach den demokratischen Umbrüchen von 1989	83
<i>Gerhard Mangott</i> Russlands versperster Weg aus dem Zurück. Eine anteilnehmende Beobachtung	101
Von der Staatswirtschaft zur Marktwirtschaft? Die ökonomischen Transformationen nach zwanzig Jahren	
<i>Rüdiger Pohl</i> Thesen zur ökonomischen Transformation in den neuen Ländern und ihren Folgen für das vereinte Deutschland	121
<i>Witold Małachowski</i> Zwanzig Jahre ökonomische Transformation in Polen	129

Stefan Sorin Mureşan

Die ökonomische Transformation in Rumänien
zwanzig Jahre nach dem Systemwechsel von 1989 141

László Csaba

Der stürmische Weg zum Markt:
Allgemeine Trends und ungarische Besonderheiten 163

Die Autoren 175

Personenregister 182

László Csaba

Der stürmische Weg zum Markt: Allgemeine Trends und ungarische Besonderheiten

Nach dem Zusammenbruch des Sowjetreiches war die allgemeine Stimmung von großen Hoffnungen und Erwartungen geprägt, und die Menschen erinnerten sich an die vom Marshall Plan symbolisierte Zeit des Wiederaufbaus nach dem Krieg – oder wurden von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens daran erinnert. Diese Erwartungen wurden ferner durch eine etwas zu simple Interpretation der modernen Wirtschaftstheorie bestärkt, wonach die Beseitigung einiger Armut und Rückständigkeit verursachender Fehlentwicklungen genügt, um quasi automatisch und umgehend eine Erhöhung des Lebensstandards zu erreichen. Dies war im Großen und Ganzen das Empfinden insbesondere (jedoch nicht ausschließlich) jener, die am Transformationsprozess mitwirkten. Nach allgemeiner Überzeugung waren Ausgangs- und Endpunkt der Transformation bekannt, und folglich blieb nur noch der Kurvenverlauf darzustellen und zu formen. Dieses Empfinden war weit verbreitet und prägte viele Ratschläge der internationalen Finanzinstitute sowie die konventionelle Weisheit hiesiger Experten.¹

In der Realität war bereits der Ausgangspunkt dieses fundamentalen Systemwechsels von Land zu Land recht verschieden.² Einige Länder, wie Ungarn, Jugoslawien und Polen, hatten bereits einen langen Weg hinter sich gebracht, um das sozialistische System zu untergraben, während andere, wie Rumänien, die Tschechoslowakei oder Ostdeutschland, sich immer noch in völlig verknöcherten stalinistischen Strukturen befanden. Verschiedene Krankheiten erfordern selbstverständlich verschiedene Behandlungsmethoden. So stieg die Inflation in Polen steil an – sie erreichte 1989 250 Prozent –, während die Preisstabilität in der Tschechoslowakei und in Ostdeutschland erhalten blieb (wenn auch sicher nicht kostenlos). Während die Sowjetunion unter stark ansteigenden Engpässen bei den Bedarfsgütern litt, die von 1989 bis 1991 immer wieder Aufstände auslösten und schließlich zum Sturz des Regimes führten, waren in Ungarn, aber auch in der Tschechoslowakei und in Jugoslawien alle Waren des täglichen Bedarfs – im Unterschied zu einer breiten Vielfalt an Waren und Dienstleistungen, die für eine Marktwirtschaft typisch sind – verfügbar, und nichtwirtschaftliche Themen beherrschten die

1 Siehe Shafiqul Islam/Michael Mandelbaum (Hg.): *Making Markets*, Council on Foreign Relations, Washington 1994.

2 Siehe Jozef M. Van Brabant (Hg.): *Formerly Centrally Planned Economies in the Global Economy*, Palgrave/New York 1991.

öffentlichen Debatten. Letztere beinhalteten zum Beispiel die Zukunftsaussichten der Regime oder Umweltfragen. Am bedeutendsten für Ungarn war hier der sozialistische Gabčíkovo-Nagymaros-Damm, der an einer der schönsten Stellen der Donau errichtet werden sollte.

Unsere zweite Beobachtung ist wiederum kaum überraschend: Die eingeleiteten Transformationsschritte unterschieden sich je nach Land und Zeitabschnitt. Wie auch immer wir die Ereignisse auslegen,³ es ist eine Tatsache, dass sich die wirtschaftspolitischen Grundlinien im Hinblick auf die konstituierenden Elemente des schon von Walter Eucken⁴ in den 1950er Jahren definierten Wirtschaftssystems voneinander unterschieden. Kurzum: Die Prozesse der Privatisierung und die Entwicklung einer neuen Mittelschicht im Unterschied zur den alten Eliten variierten enorm. Während die alte Elite in Russland nahezu unverändert bestehen blieb, wurden in der Tschechischen Republik ehemalige Mitglieder der Nomenklatura per Gesetz vom öffentlichen Leben ausgeschlossen. In Ungarn fielen Vertreter der alten Führungsklasse – einst Verfechter der berüchtigten *spontanen* Privatisierung – nahezu ausnahmslos den neuen Wettbewerbsbedingungen zum Opfer, die hauptsächlich von ausländischen Direktinvestitionen sowie dem Import von Bedarfsgütern und Dienstleistungen bestimmt wurden.⁵

Die Fachliteratur ist äußerst gespalten darüber, ob und in welchem Maße bewusste Entscheidungen eine prägende Rolle spielten und in welchem Maße sich spontane Entwicklungen sozialökonomischer Prozesse als formgebend erwiesen haben. Bei einigen interessanten Fällen haben wir – selbst im Nachhinein betrachtet – keinerlei Anhaltspunkte außer unsere eigenen Erfahrungen oder Vorlieben. So löste der Zusammenbruch des östlichen Handelsblocks Comecon 1990/91 zweifellos einen Großteil der Rezession in den darauffolgenden Jahren aus, die in den meisten Fällen in Mitteleuropa 20 Prozent des BIP erreichte – ein zu Friedenszeiten unbekanntes Ausmaß. Nach wie vor ist es schwierig, bewusste, künstlich geschaffene Schritte und spontane Prozesse zu entwirren. Während sich der Comecon formell gesehen erst 1991 auflöste, stellten die Versorgungsbeschränkungen der sowjetischen Wirtschaft und die Unfähigkeit der meisten Handelspartner, die Lieferungen zu bezahlen, das ordnungsgemäße Funktionieren der »geplanten Wirtschaft« bereits von 1987 bis 1989 auf den Kopf. Schon Jahre zuvor war abseh-

bar, dass der Zerfall keine Frage des *ob*, sondern eine Frage des *wann* sein würde.⁶ Er hatte demnach schon lange vor seiner Auflösung de facto aufgehört zu existieren. Schritt für Schritt wurde er schwächer und leitete den wirtschaftlichen Niedergang des Systems ein.

Drittens war die Rolle der Europäisierung von Land zu Land sehr verschieden. Bei den Spitzenreitern, wie der Tschechischen Republik, Polen, Ungarn und den baltischen Staaten, war die prägende Rolle, die die Europäische Union spielte, sowie ihr politisches, institutionelles und wirtschaftliches Gefüge von Anfang an spürbar. Während das Konzept der Europäisierung in der wissenschaftlichen Literatur umstritten ist, da es wirtschaftliche, ideelle, rechtliche und internationale Beziehungen und Sicherheitsaspekte beinhaltet,⁷ sind die Auswirkungen eindeutig. In Ländern, in denen der Systemwandel stagnierte oder sich verlangsamte, wurde die europäische Perspektive – zumindest vorübergehend – gedämpft und der Konsens der Elite, die diese befürwortete, wurde geschwächt. Wie die Vergleichsanalyse von Kroatien und der Slowakei deutlich zeigt⁸, kann sich – und hat sich – das innerstaatliche Kräftegleichgewicht selbst in kleinen und per se machtlosen Ländern nur zugunsten der Pro-EU-Parteien verschieben, wenn die EU-Option als offen und greifbar angesehen wird. Im Gegensatz dazu könnte – und hat – die innerstaatliche Verzögerungstaktik die Reformbewegungen verlangsamen und umkehren, wenn die »Anreize und Sanktionen« der EU fehlen würden, wie zum Beispiel im Falle der Slowakei, die bereits Mitglied der einheitlichen Währungszone ist. Kaum überraschend ist der wohl schwache – wenn überhaupt vorhandene – Einfluss, den die EU auf den größten und wichtigsten postkommunistischen Fall Russlands ausüben könnte, wobei die Beziehung Russlands zur Europäischen Union von jeglicher Mitgliedschaftsperspektive oder selbst einem privilegierten Partnerschaftsstatus weit entfernt ist.⁹

Ein vierter und möglicherweise sogar gewichtigerer Faktor, der die abweichenden Folgen des Systemwechsels beschreibt, ist in der offenkundig andersartigen Rolle zu finden, die den ausländischen Direktinvestitionen bei den Entwicklungsstrategien der jeweiligen Transformationswirtschaften zukommt. Es ist bekannt, dass auch in der Entwicklungsökonomie der Einfluss der ausländischen Direktinvestitionen und die Orientierung nach außen lange Zeit umstritten

3 Siehe die gegensätzlichen Ansichten von Grzegorz W. Kolodko (The World Economy and Great Post-Communist Change, New York 2006) und Anders Aslund (How Capitalism Was Built?, Cambridge/New York 2007).

4 Walter Eucken: Die Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Tübingen 1952.

5 Diese Situation wurde weiter verstärkt durch die Tatsache, dass Ungarn das einzige postkommunistische Land blieb, in dem die Handelsliberalisierung weder mit der Entwertung der Landeswährung noch mit einer Erhöhung der Importpreise einherging, die von der konventionellen Handelstheorie suggeriert wurden. Siehe Éva Voszka: A dinoszauruszok esélyei [Chances of industrial dinosaurs], Budapest 1997 (gemeinsam veröffentlicht von Perfekt RT and Financial Research, Inc.).

6 László L. Csaba: CMEA in the Year 2000, in: *Nordic Journal of Soviet and East European Studies*, Nr. 1/1988, S. 11–31.

7 Siehe Claudio Maria Radaelli/Kevin Featherstone: The Politics of Europeanization, Oxford 2003.

8 Fruzsina Sigér: EU anchor in »non-mainstream« countries' transition path: The case of Croatia and Slovakia, Tiger Working Papers Warsaw, Nr. 115/April 2009 (online abrufbar unter <http://www.tiger.edu.pl/publications>); Dóra Györfy: Structural change without trust: Reform cycles in Hungary and Slovakia, in: *Acta Oeconomica*, Nr. 2/2009, S. 147–178.

9 Ausführlich dazu Hiski Haukkala: Lost in translation? Why the EU has failed to influence Russia's development, in: *Europe-Asia Studies*, Nr. 10/2009, S. 1757–1776.

waren, und Debatten darüber, ob und wann beide Faktoren für die innerstaatliche Wirtschaft hilfreich sind, zählen zu den Evergreens unter den Schriften zu diesem Thema. Folglich begeben wir uns in eine umfangreichere Debatte, die in dem begrenzten Rahmen dieses Beitrages unmöglich behandelt werden kann. Wir können den Leser lediglich daran erinnern, dass die Debatte über die Vor- und Nachteile ausländischer Direktinvestitionen in der allgemeinen Entwicklungsstrategie keine spezifisch postkommunistische ist.

Hier können wir ein eindeutiges Bild zeichnen, das nicht von den jüngsten Erschütterungen der Finanzkrise von 2008/2009 überschattet ist. Langzeitbeobachtungen und eine statistische Analyse¹⁰ belegen, dass die Fähigkeit, hochwertige ausländische Investitionen anzulocken – das heißt, nicht allein auf Erträge aus dem Primärsektor beschränkte –, bei weitem der beste Indikator für den Gesamterfolg der Transformation ist. Dies gilt nicht nur für die EBWE-Indikatoren¹¹ des Transformationsfortschritts, die die Entwicklung in Zahlen zu fassen versuchen, sondern mehr noch für die *hard facts*, das heißt für die Strukturen und Erträge des Exportsektors mit Blick auf die Produzenten. Während der Anteil an Fertigungsprodukten in Russland 2009 nach wie vor nur fünf Prozent betrug, wie dies in den 1970er Jahren in Ungarn der Fall war, überschritt derselbe Indikator 2009 in Ungarn 63 Prozent. Dies lässt sich leicht mit den ausländischen Direktinvestitionen in Zusammenhang bringen, da etwa 70 Prozent der ungarischen Exporte durch transnationale Unternehmen erfolgen.

Zweifellos hat solch eine Entwicklung ebenfalls ihren Preis. Hinsichtlich der Arbeitnehmerrechte befolgen die transnationalen Unternehmen nur selten die Gesetzgebung ihrer jeweiligen Heimatländer, die eine Mitentscheidungsbefugnis und andere Formen des Arbeitnehmerschutzes fordert. Die meisten Firmen in ausländischem Besitz verfügen nicht einmal über eine formelle Gewerkschaft. Und falls diese doch existiert, ist ihre Machtbefugnis gleich null. Diese Entwicklung wurde in Ungarn durch das Maßnahmenpaket von 1995 verstärkt, als die Arbeitnehmer den Sparmaßnahmen der Regierung völlig hilflos ausgesetzt waren. Mittlerweile liegt der Anteil gewerkschaftlich organisierter Arbeitnehmer bei etwa zehn Prozent – dazu zählen überwiegend im öffentlichen Sektor Beschäftigte und Rentner. Ausnahmen gelten für die Interessenvertretung bei den Fluggesellschaften und der Bahn, wo sporadische Streiks eine große öffentliche Aufmerksamkeit und oftmals auch Arbeitgeberzugeständnisse nach sich ziehen.

Die durch ausländische Direktinvestitionen dominierte Expansion war eine Erfolgsgeschichte gemessen an den üblichen Wirtschaftsstandards, wie zum Beispiel der Fähigkeit, nachhaltige und steigende Exporterträge zur Deckung der Im-

portkosten für die strukturelle Modernisierung zu erzielen – sowohl im Hinblick auf den Verbrauch (zum Beispiel energiesparendere Maschinen oder alternative Energiequellen), als auch bei der Produktion und den Dienstleistungen. Wie in der Literatur belegt,¹² näherten sich die auf Exportwachstum ausgerichteten Länder von 1993 bis 2008 in der Tat der EU-15-Ebene an. Die Inflation ging zurück, und sogar die Arbeitsmarktlage verbesserte sich bis zum Beginn der Krise. In der Slowakei und in Polen, wo die Arbeitslosenquote von 2001 bis 2005 bei etwa 18 Prozent lag, halbierte sich dieser Indikator bis 2007.¹³ Dies ist in jedem Fall ein hervorragendes Ergebnis.

Im Nachhinein betrachtet lassen sich jedoch auch einige Schwachpunkte feststellen. Erstens stiegen sowohl in Polen als auch in der Slowakei die Erwerbsquoten. Diese Beobachtung gilt ebenfalls für Ungarn, das 2009 die besten Beschäftigungszahlen aufweisen konnte. Folglich sind die ausländischen Direktinvestitionen eher kapitalintensiv als arbeitsintensiv, wie es aus der Wirtschaftstheorie hervorgehen würde. Die Auslastung des Produktionsfaktors Arbeit blieb wiederum niedrig, selbst in Zeiten, in denen sich die Arbeitslosenquote – der politische Indikator – verbesserte. Zweitens kann auch Arbeitsplatzmangel falsche Anreize setzen, indem es sich für viele Leute auszahlen kann – und oftmals auch auszahlt –, sich arbeitslos zu melden oder dauerhaft von Sozialleistungen zu leben, statt nach einer bezahlten Arbeit zu suchen. Letzteres bezieht sich auch auf die Option, sich selbstständig zu machen. Dieser Faktor wird jedoch in den breiten Debatten über steigende Erwerbsquoten, in denen eine Anstellung bei großen Unternehmen häufig als einzige oder »wahre« Form der Beschäftigung dargestellt wird, oft heruntergespielt. Mit Beginn der wirtschaftlichen Umwälzungen entwickelten sich jedoch einst unübliche Formen der Beschäftigung, wie etwa das Pendeln zur Arbeit oder Teilzeitarbeit, Saisonarbeit und Gelegenheitsjobs, für immer breitere Bevölkerungsschichten zu ganz gewöhnlichen Arten des Geldverdienens. Eine Erklärung dafür, warum die Rezession von 2008/2009 die mitteleuropäischen Länder so schwer getroffen hat, war das sehr begrenzte Vertrauen in diese neuen Beschäftigungsformen sowie die bislang nur unzureichend ausgeprägte Einsicht in die Notwendigkeit lebenslangen Lernens. Personen über 45 oder 50 Jahre eignen sich nur selten neue Kenntnisse an, während in den USA, Japan und den skandinavischen Wohlfahrtsstaaten Personen zwischen 45 und 75 relativ weit verbreitet beschäftigt werden, wie deren jeweilige Erwerbsquote – 72 Prozent gegenüber 50 bis 53 Prozent in Mitteleuropa – zeigt.¹⁴

12 Tibor Iván Berend: *From the Soviet Bloc to the European Union*, Cambridge/New York 2009; Grzegorz W. Kołodko: *The great transformation, 1989–2029*, in: *Society and Economy*, Nr. 2/2009, S. 175–192.

13 EZB: *Statistisches Taschenbuch*, Frankfurt am Main November 2009, S. 44.

14 Laut EZB, a. a. O.

0 László L. Csaba: *The New Political Economy of Emerging Europe*, 2. überarbeitete und erweiterte Auflage, Budapest 2007, Kapitel 1.

1 EBWE – Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung.

Ein eng mit den Transformationsstrategien zum Aufbau der neuen Wirtschaftsordnung verbundenes *fünftes* Problem betraf die Rolle der ausländischen Sachanlagen. Die beiden Extreme in dieser Hinsicht sind Slowenien und Ungarn. Während Slowenien seit dem Beginn seiner Unabhängigkeit im Jahr 1990 eine Politik des nationalen, zurückgezogenen Korporatismus verfolgte, der strategische ausländische Sachanlagen in allen Bereichen der Wirtschaft massiv einschränkte, stand Ungarn beispielhaft für eine Politik der offenen Türen. So sparte die Privatisierung der Banken Mitte der 1990er Jahre Kosten für eine abermalige Bankensanierung sowie Ausgaben in Form von Finanzdienstleistungen, die Bevölkerung und Unternehmen gleichermaßen benötigten. Als die Krise kam, war die Regierung jedoch nicht mehr in der Lage, der Finanzwirtschaft Vorschriften zu machen. Aushängeschilder der ungarischen Lebensmittelindustrie, wie die *Herz Salami-fabrik*, mussten aufgrund fehlender Finanzierung geschlossen werden. Während solche Beispiele emotionale Debatten (über den Ausverkauf des Landes) auslösten, erwiesen sich diese Optionen aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive in der Realität als effizient und wettbewerbsfördernd. Im Gegensatz dazu könnten – und werden – staatseigene Banken in einer viel zu engen Beziehung zu Industrieunternehmen stehen, die sich hinsichtlich ihrer Wettbewerbsfähigkeit beim Export als weniger überragend erwiesen haben – wie jeder, der mit den Exportzahlen Sloweniens vertraut ist, bestätigen wird.

Die Debatte über »nationalen kontra internationalen Kapitalismus« zählt zweifellos zu den Evergreens der ökonomischen Entwicklungstheorie. Es ließe sich schwer leugnen, dass jede dieser Optionen typische Nachteile hat. Die Erfahrungen der vergangenen zwei Jahrzehnte haben deutlich gezeigt: Die nach außen gerichtete Strategie ist im Hinblick auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit der internen deutlich überlegen. Im Gegensatz dazu könnten Anhänger der nach innen gerichteten Wirtschaftsstrategie auf die begrenzten Schäden hinweisen, die die Finanzkrise verursacht hat. Letzteres ist zugegebenermaßen ein relativ flüchtiges Phänomen im Vergleich zu den oben genannten jahrzehntelangen Trends; der zweistellige Einbruch des BIP im Ostseeraum ist jedoch ein Grund zur Beunruhigung und Reflexion.

Ein *sechster* differenzierender Faktor des gesellschaftlichen Wandels in den Transformationsländern betrifft das ausgesprochen ungleiche Schicksal der sozialen Bewegungen und politischen Parteien, die in der frühen Transformationsphase prägend waren. Für eine Bewertung dessen sind mindestens zwei Fragen bestimmend: erstens, ob der Nachfolger der (reformierten) kommunistischen Partei als dauerhaftes Element verschiedener Regierungsformationen, wie zum Beispiel in Ungarn oder Rumänien, eine entscheidende Rolle spielt; und zweitens, ob die demokratischen, antikommunistischen Bewegungen zusammenarbeiten und sich über kurz oder lang zu einem Hauptakteur im politischen System entwickeln.

Während die traditionelle Teilung – kommunistisch versus nichtkommunistisch – das politische Spektrum in Ländern wie Rumänien, Polen und Ungarn langfristig prägte, wurde sie in anderen Ländern wie dem Ostseeraum, Russland oder Tschechien und Ostdeutschland in den Hintergrund gedrängt. Zu erwähnen sei, dass ein wesentlicher – oftmals heruntergespielter – Beitrag von Boris Jelzin zur Auflösung der Sowjetunion darin bestand, der Kommunistischen Partei das Rückgrat zu brechen. Während es schon frühzeitig Hinweise auf die Fortsetzung von Formen des traditionellen zaristischen Autoritarismus sowohl im Hinblick auf die Regierungsform als auch auf die institutionelle Ordnung¹⁵ Russlands gab, hörte die Kommunistische Partei als einflussreichste Drahtzieherin, als alleiniger Weg zu Macht und Wohlstand, auf zu existieren. Die autoritären Merkmale des vereinigten Russland und Zustimmungswerte von 75 bis 85 Prozent bei mehreren Wahlen sollten die Tatsache nicht überdecken, dass es sich keineswegs um eine Fortsetzung der alten Garde handelt. Im Gegensatz dazu blieb die wieder aufgebaute Kommunistische Partei in Bulgarien, Rumänien, Ungarn und bis 2005 auch in Polen ein Sammelplatz für bestimmte gesellschaftliche Kräfte in ihrem Kampf um Privatisierung, den Aufbau von Institutionen und politischen Strukturen.

An dieser Stelle bedürfen einige Aspekte einer genaueren Beschreibung. In Russland und anderen GUS-Staaten war die Kontinuität in sozialer Hinsicht, das heißt im Hinblick auf das Fortbestehen der Nomenklatura, in der Tat größer. Wie in der anschaulichen und unkonventionellen Darstellung von Anders Aslund¹⁶ widerspiegelt, war das Auftauchen von Oligarchen ein vorübergehendes Phänomen, das die ruhigen Gewässer des bewährten Weiterreichens der Macht in den obersten Rängen der von den Sicherheitsapparaten überwachten Staatsmacht aufwühlte. Gemäß soziologischen Anhaltspunkten ist dieses Phänomen die *differentia specifica* der GUS und zur Erklärung der sehr unterschiedlichen Ergebnisse in den mitteleuropäischen Ländern im Allgemeinen nicht hilfreich und auf Ungarn im Besonderen nicht übertragbar. Folgendes sei noch hinzugefügt: In Ungarn gab es 2009 keine zwei Dutzend wirklich wohlhabende Personen, die bereits zwanzig Jahre zuvor – vor dem Systemwechsel – zu den Vermögenden gezählt hatten. Wir finden keine »historischen Namen« unter den heutigen Großindustriellen, und wir finden keine Parteikader – außer in unbedeutenden Unternehmen.¹⁷ Dies

15 Janusz Bugajski (Hg.): Towards an Understanding of Russia, Council on Foreign Relations, Washington 2002.

16 Anders Aslund: Russia's Capitalist Revolution: Why Market Reform Succeeded and Democracy Failed?, Peterson Institute for International Economics, Washington 2007.

17 Um nur einige Beispiele zu nennen: Der ehemalige Ministerpräsident Ferenc Gyurcsány leitet einen mittelständischen Mischkonzern in der Wohnungswirtschaft. Die ehemaligen ZK-Sekretäre Barabás und Berecz leiten kleine Werbe- und Handelsagenturen, letzterer im Bereich Sanitärwaren. Dies ist nicht mit Konzernen wie *Gazprom* oder *Sberbank* vergleichbar.

ist eine Welt der Gegensätze, die nicht von hohlen Phrasen überschattet werden kann.

Wenn wir zwischen der politischen und der wirtschaftlichen Machtverteilung unterscheiden, können wir besser verstehen, warum die lang andauernde Agonie der umstrukturierten Kommunistischen Parteien zu einer Quelle für Spannungen in Mitteleuropa, jedoch nicht in den GUS-Staaten, geworden ist.

Der *siebente* Faktor, die gesellschaftliche Akzeptanz der wirtschaftlichen Erfolge, ergibt sich aus unserer Deutung und vorurteilsfreien Interpretation des vorangegangenen Faktors: nämlich, dass die Ungleichheiten in den GUS-Staaten zunahmen und dass sich der Gini-Koeffizient¹⁸ laut Weltbank einem Wert von 0,4 näherte, der mit Lateinamerika vergleichbar ist, während er in Mitteleuropa zwischen 0,25 und 0,33 schwankte.¹⁹ Dies ist ein enormer Unterschied im Sinne des Trickle-Down-Effekts, das heißt in dem Maße, in dem auch die ärmsten 20 bis 25 Prozent der Bevölkerung am Wirtschaftswachstum partizipieren. Bei diesen großen Ungleichheiten wird die weit verbreitete Sehnsucht nach den »guten alten sowjetischen Zeiten« in den GUS-Staaten verständlich. In Mitteleuropa liegt der Fall jedoch anders: In allen Gesellschaftsschichten sind Verbesserungen erkennbar. Sei es die Zahl der Studenten, die im Rahmen ihres Lehrplans im Ausland studieren, oder die Verbreitung privater Internetanschlüsse oder die Nutzung von Mobiltelefonen pro 1.000 Einwohnern, die Anzahl neuer Eigenheime oder die Bauart und Leistung der Fahrzeuge – der materielle und intellektuelle Fortschritt der Region ist unumstritten. Hinsichtlich publizierter Bücher – von Gewinnern des Literaturnobelpreises über Veröffentlichungen zeitgenössischer wegbereitender Autoren bis hin zu wissenschaftlichen Büchern – ist die positive Entwicklung für jeden überwältigend, der sich die Mühe macht, einen Blick auf die Statistiken zu werfen. Die Sehnsucht nach den »guten alten Zeiten« ist nicht präsent, was nicht zuletzt der miserablen Leistung der sozialistischen Regierungen geschuldet ist. Präsent ist vielmehr der Ruf nach einer radikaleren, tiefer gehenden Veränderung dessen, was die kommunistische Vergangenheit überdauert hat. Die Gewinne der radikalen Rechtsparteien sind ein typisches Beispiel dafür, von Polen über Rumänien bis hin zu Ungarn, wo die radikale Rechte unter parlamentarischen Bedingungen nie eine große Unterstützung genossen hat.²⁰

18 Der Gini-Koeffizient ist ein statistisches Maß zur Darstellung von Ungleichverteilungen (etwa von Einkommen oder Vermögen) mit beliebigen Werten von 0 bis 1; je näher der Koeffizient am Wert 1 liegt, desto größer die Ungleichheit.

19 Weltbank (Hg.): Weltentwicklungsbericht, Statistischer Anhang, Oxford 2009, S. 356 ff.

20 Die einzige Ausnahme bildeten die Wahlen im Jahr 1940, in dem die Wellen des Nationalismus hoch schlugen und die Partei der Pfeilkreuzler zehn Prozent der Stimmen erhielt – sogar weitaus weniger als Le Pens Front National in den 1990er Jahren und als in der gegenwärtigen Dekade in Frankreich. Umso erstaunlicher ist die 16,7 %-ige Unterstützung für die rechtsradikale Jobbik-Partei bei den Parlamentswahlen im April 2010.

Die relativ geringe soziale Akzeptanz der wirtschaftlichen Erfolge in Mitteleuropa ist mehreren, sich gegenseitig verstärkenden Faktoren zuzuschreiben:

1. In den meisten Ländern wurde die Transparenz der wirtschaftlichen Gesamtrechnungen nicht sichergestellt. Es kam vor, dass offizielle Statistiken in einer Form überarbeitet wurden, die weit über die übliche Korrektur vorläufiger Zahlen hinausging.
2. Durch die Verbreitung der Boulevardpresse und mehr noch aufgrund der Dominanz der kommerzialisierten elektronischen Medien, insbesondere des Fernsehens, wird die Qualität der wirtschaftspolitischen Berichterstattung, die die meisten Bevölkerungsschichten erreicht, immer kläglich. In vielen Fällen wird nicht einmal der ernsthafte Versuch unternommen, Tatsachen und Deutungen voneinander abzugrenzen.
3. Die Allgemeinheit ist, ähnlich wie in Westeuropa, zahlreichen Illusionen zum Opfer gefallen. Themen, wie die mangelnde Nachhaltigkeit der staatlichen Rentensysteme oder der voll verstaatlichten Gesundheitsfürsorge, sind in einem 40-sekündigen Clip (der von den elektronischen Medien bevorzugt wird) schwer zu vermitteln. Auch die Verbreitung von populistischen Behauptungen und Begriffen in der politischen Arena, die aus opportunistischen Gründen ebenfalls von Parteien der politischen Mitte aufgegriffen wurden, hat die Ausbreitung der allgemeinen Ignoranz begünstigt. Nicht zuletzt haben Ungereimtheiten bei den Privatisierungen und nachfolgenden Umstrukturierungen, wie im Bereich der Luftfahrtindustrie oder dem Bankwesen, zur Verwirrung beigetragen. Die tatsächlichen und kumulierten Kosten für die Steuerzahler werden nur selten offengelegt – und wenn doch, dann meist mit einer Verzögerung von mehreren Jahren, wenn sich der durchschnittliche Wähler nicht mehr für diese Zahlen interessiert, da er schon längst mit neuen Skandalen beschäftigt ist.
4. Dieser Faktor betrifft die enorm unterschiedliche Rolle sozialer Sicherheitsnetze und stellt zugleich auch den *achten* Ungleichheitsfaktor dar. Während der Anteil der steuerlichen Umverteilung im Ostseeraum, in Rumänien und der Slowakei bei zirka 33 bis 35 Prozent lag und mit dem anglo-irischen Modell der sozialen Marktwirtschaft vergleichbar ist, haben sich andere Länder an viel größere Steuer- und Ausgabenmodelle geklamert. Vorreiter in dieser Gruppe war zweifellos Ungarn: Auch wenn die linksgerichteten Regierungen von 2002 bis 2009 neoliberale Floskeln verwendeten, stieg der Anteil der Staatsausgaben am BIP von 46,5 Prozent im Jahr 2000 auf 52 Prozent bis 2006 und sank 2009 wieder auf 48 Prozent. Dies ist noch immer ein sehr hoher Anteil, der in der gesamten OECD-Gruppe der hochentwickelten Wirtschaftssysteme nur von Schweden, Italien und

Frankreich übertroffen wird. In Slowenien betrug der Rückgang von 2000 bis 2008 lediglich drei Prozentpunkte (von 46 auf 43 Prozent), die Tschechische Republik verzeichnete im selben Zeitraum eine leichte Steigerung von 41,8 auf 42,4 Prozent, während in Polen eine Steigerung von 41,1 auf 43 Prozent zu verzeichnen war.²¹ Kurzum: Während einige Transformationsländer einen großen Sprung zu einem schlankeren Staat gewagt haben, klammerten sich andere weiter an bestehende soziale Sicherheitsnetze. Letztere sind – wohl wenig überraschend – die »ergrautesten« Gesellschaften, die am stärksten um die Verteilung der vorhandenen Mittel feilschen. In der Praxis stellen die Rentner die aktivste Wählerschicht dar, und die Parteien der politischen Mitte versuchen, sie zu umwerben und Nachhaltigkeitsaspekte bewusst herunterzuspielen.

Folglich gehen *vier Ländergruppen* aus dem 20-jährigen Systemwandel hervor.²² In der ölreichen Gruppe der GUS-Staaten scheint sich ein oligarchischer Kapitalismus herausgebildet zu haben, der aus Entwicklungsstudien bekannt ist und oftmals auf die strategische Rolle der primären Wirtschaftssektoren angewiesen ist. Zweitens bildete sich eine Gruppe von Ländern des Manchesterkapitalismus heraus, in denen der Versuch, die Größe des Staates auf ein Minimum zu reduzieren und nicht in die Wirtschaftsprozesse einzugreifen, bis aufs Äußerste ausgereizt wurde. Es überrascht nicht, dass das Baltikum, Rumänien, die Slowakei und Bulgarien von der Finanzkrise 2008/2009 in Hinblick auf Ertragseinbußen und Arbeitsplatzverlust am schlimmsten getroffen wurden. Drittens bildeten sich aus den ölarmen GUS-Staaten und aus Südosteuropa »ganz normale Entwicklungsländer« mit einer schwachen staatlichen Verwaltung, die meist unfähig ist, öffentliche Aufgaben gut zu lösen. Die vierte Gruppe, die Visegrád-Staaten (ohne Slowakei), hat sich dem europäischen »Rheinland-Typ« der Marktgesellschaften angenähert,²³ mit umfangreichen sozialen Sicherheitsnetzen, die selbst auf Kosten von Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit aufrechterhalten werden. Letzteres ist den recht offensichtlichen Prioritäten der Wähler geschuldet, die ihre Ablehnung gegenüber einer radikaleren sozialen (Spar-)Politik ausdrückten, wann immer ihnen diese in den vergangenen zwei Jahrzehnten offeriert wurde.

Wie passt Ungarn in dieses Gesamtbild? Es ist eine Plattitüde zu behaupten, Ungarn sei ein »Frühaufsteher« im Prozess des Systemwandels gewesen. Hier existierte der »klassische Sozialismus« oder der in den Fachbüchern über vergleichende Wirtschaftssysteme beschriebene sowjetische Wirtschaftstyp im engeren

Sinne lediglich vier Jahre lang: ab der Verkündung des ersten Fünfjahrplans (1949) auf sowjetischen Befehl hin bis zur Aufhebung dieser Strategien durch die »revisionistische« Regierung Imre Nagys im Juni 1953 (im Nachhinein betrachtet ebenfalls auf sowjetischen Befehl hin, obwohl die Prozesse schnell außer Kontrolle gerieten). Aus diesem Grund überlebte der »Handelsgeist« insbesondere in den Provinzen. Verschiedene Formen kleiner Unternehmen florierten in den 1960er, 1970er und 1980er Jahren gleichermaßen. Der 1968 angestoßene und 1984 weitergeführte Neue Ökonomische Mechanismus löste – zum Großteil unbeabsichtigt – auch in den Unternehmen des öffentlichen Sektors ein gewisses Maß an Dezentralisierung und geschäftstüchtigem Verhalten aus. 1989 führte die scheidende Regierung einen Prozess der Handelsliberalisierung ein, der von der neuen demokratischen Regierung fortgesetzt wurde und für einen reibungslosen (aber nicht besonders behutsamen) Übergang sorgte. Zwischen 1992 und 1995 erschuf die strenge Gesetzgebung eine Marktwirtschaft, die anderen Transformationsländern um Jahre voraus war.

Ab 1998 und insbesondere ab 2002 überwog jedoch die Versuchung, die Früchte des wirtschaftlichen Wandels zu ernten, noch bevor diese reif waren. Die Fehleinschätzung, die EU-Mitgliedschaft mache weitere Strukturreformen überflüssig und die Finanzmärkte würden jede politische Linie kostengünstig finanzieren, dominierte in den guten Jahren des relativ hohen Wachstums von über vier Prozent. Nach der letzten großen Reform im Jahr 1997 mit einer teilweisen Privatisierung der Renten überrascht es nicht, dass der Wirtschaftsmotor bereits 2005/2006 ins Stocken geriet. Von 2006 bis 2009 gab es zahlreiche Versuche einer Vermarktlichung, die zumeist wenig erfolgreich waren, da zuvor weder fachlich noch gesellschaftlich Einigkeit über die Schwerpunktsetzungen erzielt werden konnte. Das Abdriften und die wirtschaftliche Stagnation gingen in Ungarn daher der Finanzkrise voran, statt ihr nachzuzufolgen.

Je weniger überzeugend Projekte mit langer Reifedauer sind, wie die Gesundheitsreform oder regionale Umstrukturierungen, desto stärker ist die Verlockung des konventionellen makroökonomischen Populismus alten Stils. Dies konnte anhand aufgestockter Sozialleistungen und (oftmals eher formal als effektiv) gesenkter Steuersätze beobachtet werden. Die Finanzkrise hat Ungarn besonders hart getroffen, denn die Wirtschaft des Landes ist aufgrund der hohen Auslandsverschuldung und seiner schlechten Finanzlage sehr angreifbar geworden.

Die Zahlungskrise im Oktober 2008 hätte durch ein umfangreiches, gemeinsam von IWF, EU und Weltbank organisiertes Hilfspaket verhindert werden können. 2008/2009 begannen sich die Finanzindikatoren zu verbessern, Ungarn konnte 2009 eines der niedrigsten Finanzdefizite von 3,9 Prozent verzeichnen. Im Hinblick auf Wachstum und Beschäftigung war der Preis für diese Stabilisierung jedoch hoch. Damit nicht genug: Finanz- und Währungsexperten prognostizieren für 2011 bis 2013 eine Phase der wirtschaftlichen Stagnation in Ungarn; das

21 Laut EZB, a. a. O., S. 47.

22 Einzelheiten siehe László L. Csaba: *Crisis in Economics?*, Budapest 2009, Kapitel 3.

23 Michael Albert: *Capitalism versus Capitalism*, London 1993.

BIP-Niveau von 2005 wird folglich erst ein Jahrzehnt später, im Jahr 2014, wieder erreicht werden. Die Untersuchung dieses »verlorenen Jahrzehnts« würde eine gesonderte wissenschaftliche Publikation erforderlich machen. Was wir aus dieser historischen Darstellung folgern können, stimmt mit den umfassenden Erkenntnissen in der Literatur über Politikreformen überein: *Wenn gute Jahre verschwendet werden, können in schlechten Jahren nicht die erforderlichen Reformen eingeleitet werden, und letztere erfolgen dann viel langsamer als unter anderen Umständen.* Mit anderen Worten: Zeit ist Geld, die – einmal verschwendet – nie zurückkommt. Die Talfahrt Ungarns vom Spitzenreiter zu einem der schwächsten Transformationsländer Europas im Zeitraum von 2005 bis 2014 ist eine überzeugende Darstellung dieser konventionellen Weisheit.

Die Autoren

László Csaba, geboren 1954 in Budapest; Prof. Dr. oec.; bis 1976 Studium an der ungarischen Wirtschaftsuniversität in Budapest; 1976 bis 1987 Mitarbeiter am Institut für Weltökonomie der Ungarischen Akademie der Wissenschaften; 1984 dort Promotion; 1991 bis 1997 Honorarprofessor für internationale Ökonomie an der Hochschule für Außenhandel in Budapest; Gastprofessor an Universitäten in Berlin, Frankfurt (Oder), Helsinki und Mailand; 1997 Habilitation an der Corvinus Universität Budapest und seither dort Professor für internationale Volkswirtschaftslehre; 1990 bis 1994 und 1996 bis 1998 Vizepräsident, 1999 bis 2000 Präsident der European Association for Comparative Economic Studies (EACES); seit 1999 auch Professor für internationale Volkswirtschaftslehre an der Universität Debrecen und seit 2000 am Lehrstuhl für Internationale Beziehungen und Europastudien der Central European University in Budapest; seit 2007 Mitglied der Ungarischen Akademie der Wissenschaften; Mitglied zahlreicher Wissenschaftsräte und Mitherausgeber verschiedener Fachzeitschriften.

Aktuelle Veröffentlichungen (Auswahl): *Crisis in Economics? Studies in European Political Economy*, Budapest 2009; *Hungary Facing Globalization: The Challenge of Competitiveness*, in: Barry Desker/Jeffrey Herbst/Greg Mills/Michael Spicer (Hg.): *Globalisation and Economic Success. Policy Lessons for Developing Countries*, Johannesburg 2008, S. 201–214; *The New Political Economy of Emerging Europe*, 2. erw. Auflage, Budapest 2007.

Eckhard Jesse, geboren 1948 in Wurzen bei Leipzig; Prof. Dr. phil.; 1971 bis 1976 Studium der Politikwissenschaft und Geschichte an der FU Berlin (Dipl. Politologe); 1982 Promotion, 1989 Habilitation an der Universität Trier; 1990 Hochschuldozent an der Universität Trier; 1990 bis 1993 Lehrstuhlvertretungen und Gastprofessuren an den Universitäten München, Trier, Potsdam und Mannheim; seit 1993 Inhaber des Lehrstuhls »Politische Systeme, Politische Institutionen« an der Technischen Universität Chemnitz. Mitglied im Vorstand der Gesellschaft für Deutschlandforschung sowie im Fachbeirat Wissenschaft der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates der Stiftung Ettersberg, 2007 bis 2009 Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft. Forschungsschwerpunkte: Demokratie-, Extremismus- und Totalitarismusforschung, Wahl- und Parteienforschung, politisches System der Bundesrepublik Deutschland sowie historische Grundlagen der Politik.

Aktuelle Veröffentlichungen (Auswahl): *Systemwechsel in Deutschland. 1918/19–1933–1945/49–1989/90*, Köln/Weimar/Wien 2010; *Diktaturen in Deutschland. Diagnosen und Analysen*, Baden-Baden 2008; *Demokratie in Deutschland. Diagnosen und Analysen*, Köln/Weimar/Wien 2008; *DIE LINKE – der smarte*